

Eingang:

Frankfurt, 24. August 2017

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Mehr Ladestationen für Elektromobilität

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bei Neubauten und größeren Renovierungen immer auch Ladestationen für Elektromobilität zu errichten. Für private Bauträger werden Anreize zur Errichtung von Ladeinfrastruktur geschaffen.

Begründung:

Die EU arbeitet derzeit an einer Änderung der Energieeffizienz-Richtlinie für Gebäude. Teil des Entwurfs ist die Pflicht, in neuen Gebäuden Ladestationen für Elektroautos einzurichten. Dafür sollen die Mitgliedstaaten zukünftig festlegen, dass ab 2025 in allen neuen und neu renovierten Nichtwohngebäuden jeder zehnte Parkplatz mit einer Ladestation für Elektroautos ausgestattet wird. Bei vergleichbaren Wohngebäuden müssen Vorverkabelungen installiert werden, die die Errichtung von Ladeinfrastruktur ermöglichen.

Bei der verstärkten Integration von Elektromobilität im Neubau müssen gerade die von Stickoxiden belasteten Großstädte vorangehen. Denn nur mit einer guten Ladestationeninfrastruktur an öffentlichen Orten, bei Unternehmen wie auch in vergleichbar großen Wohngebäuden werden sich die Anzahl elektrischer Fahrzeuge und damit die Klimaverträglichkeit des Autoverkehrs in Frankfurt erhöhen. Im Bereich der Wohngebäude sollte Frankfurt über die zu erwartende Verpflichtung der EU hinausgehen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:

Stv. Astrid Buchheim

Stv. Ayse Dalhoff

Stv. Eyup Yilmaz

Stv. Martin Kliehm

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Michael Müller

Stv. Pearl Hahn